



Suchergebnisse: Fürstentum

4. August 1329 – Der Vertrag von Pavia

Pavia * Mit dem Vertrag von Pavia versöhnt sich Kaiser Ludwig der Baier mit den Söhnen seines verstorbenen Bruders Rudolph I. [Rudolph II. und Rupprecht I.] und räumt ihnen die Pfalz am Rhein und die Oberpfalz als eigenes Landesfürstentum ein. Beim Aussterben der einen Linie soll die andere ihre Territorien erben.

30. Juli 1505 – Der Kölner Schiedsspruch beendet den Landshuter Erbfolgekrieg

Köln * Der Kölner Schiedsspruch des römisch-deutschen Königs Maximilian I. beendet den Landshuter Erbfolgekrieg. Die wittelsbachischen Teilherzogtümer München-Oberbayern und Landshut-Niederbayern werden wieder vereinigt. Das Landshuter Erbe wird geteilt zwischen dem Pfalzgrafen, den bairischen Herzögen und König Maximilian I.. Das Fürstentum Pfalz-Neuburg wird gebildet.

14. Mai 1608 – Die protestantischen Stände gründen die Union

Auhausen * Aufgrund der Donauwörther Ereignisse und zunehmender Spannungen mit den Katholiken gründen protestantische Reichsstände in Auhausen an der Wörnitz im Fürstentum Ansbach die Union, ein Defensivbündnis. Durch den Beitritt weiterer Stände wächst die Zahl der Mitglieder auf insgesamt acht Fürsten, den Grafen von Oettingen und 17 Städte an. Christian I. von Anhalt-Bernburg übernimmt das Direktorium der Union, die er durch Bündnisse mit England, den Niederlanden und Schweden außenpolitisch absichert.

Oktober 1627 – Die Pest verbreitet sich in ganz Bayern

Kurfürstentum Bayern * Die Pest verbreitet sich in ganz Bayern.

1628 – Im Fürstentum Pfalz-Neuburg sterben über 100 Hexen

Neuburg * Das Jahr ist von einer extrem kalten Witterung geprägt, die zu Ernteaussfällen und



Pestepidemien führt. Im Fürstentum Pfalz-Neuburg sterben zwischen 1628 und 1630 etwa achtzig der Hexerei bezichtigte Personen, in Neuburg sind es 22.

22. Februar 1628 – Die Oberpfalz wird dauerhafter Bestandteil des Kurfürstentums Baiern

Wien * Kaiser Ferdinand II. überträgt die Oberpfalz an Kurfürst Maximilian I. von Baiern. Damit endet der bisherige Pfandstatus, und das Gebiet wird rechtlich ein dauerhafter Bestandteil des Kurfürstentums Baiern.

4. März 1628 – Die Kurwürde Baierns wird erblich

München * Kurfürst Maximilian I. von Baiern erhält die erbliche Kurwürde offiziell verliehen. Die ihm am 25. Februar 1623 übertragene Kurwürde war nur „auf Lebenszeit“. Jetzt ist die bayerische Kurwürde erblich, doch der 55-jährige Kurfürst Maximilian I. hat noch keinen Erben. Die Rangerhöhung Baierns vom Herzogtum zum Kurfürstentum wird im ganzen Land kundgetan. Im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium scheint damit die katholische Mehrheit auf Dauer gesichert. Gleichzeitig fühlen sich aber die protestantischen Reichsstände zu erhöhtem Widerstands- und Kampfeswillen herausgefordert.

1629 – Wemding ist erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung

Wemding * Im Kurfürstentum Baiern ist Wemding von 1629 bis 1630 erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung. Die bayerische Enklave liegt auf fränkischem Gebiet und ist umgeben von den Auswirkungen der dortigen Hexenverfolgungen. Denunziation aus dem Herzogtum Pfalz-Neuburg und der Grafschaft Oettingen führen auch hier zu einer neuen Verfolgungswelle - trotz der gemachten schlechten Erfahrungen. Vierzig Personen werden Opfer des Hexenwahns.

6. Juli 1629 – Erfolgreiche Einführung einer neuen Foltermethode

Ingolstadt * Die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt stellt das Todesurteil gegen Catharina Nickhlin aus, nachdem der Hofrat zuvor die Hinrichtung durch Verbrennen befohlen hat. Dr. Kolb exekutiert in Wallerstein zwischen 1628 und 1630 zwanzig Hexen, in Wemding ist er im Jahr 1629 für die Hinrichtung der ersten neun Delinquenten verantwortlich. Den Erfolg von Dr. Wolfgang Kolb führt man auf die Einführung einer neuen Foltermethode zurück: auf den



Bock, den er erstmals im Kurfürstentum Baiern anwendet.

15. April 1632 – Schwedens König Gustav Adolf erkämpft den Lechübergang

Rain am Lech * In der „Schlacht bei Rain am Lech“ werden die Kaiserlichen unter Führung des katholischen Oberbefehlshabers Johann Tserclaes Graf von Tilly von den Truppen des Schwedenkönigs Gustav II. Adolfs besiegt. Dadurch können die Schweden den Lech überschreiten, womit ihnen das ganze Kurfürstentum Baiern offen steht. Die Baiern müssen jetzt die leidvollen Erfahrungen mit dem Durchzug feindlicher Heere durchleben. Graf von Tilly wird in der Schlacht durch einen Schuss schwer am Bein verwundet. Kurfürst Maximilian I. zieht sich daraufhin in das stark befestigte Ingolstadt zurück. Die Erfolge des schwedischen Königs, den seine Anhänger „Löwe aus Mitternacht“ und „Gideon des Nordens“ nennen, von seinen Feinden aber als „Schneekönig“ verspottet wird, machen seinen katholischen Kriegsgegnern Angst. Besonders nach dem „Massaker von Magdeburg“.

1643 – Der letzte große Hexenprozess in Rain am Lech im Kurfürstentum

Rain am Lech * Im Kurfürstentum Baiern kam es unter der Regierung Maximilians I. in den Jahren 1643/44 zum letzten größeren Hexenprozess in Rain am Lech, der die ungeheuerliche Summe von 3.141 Gulden verschlingt. Die immensen Kosten, die auch aus den Hinterlassenschaften der Hexen nicht finanziert werden können, lassen den Hofrat von weiteren Hexen-Verfolgungen Abstand nehmen. Auch die weitgehend beachteten Beschränkungen der Folter und die Strategie des Widerrufs steuern ihren Teil dazu bei. Der Tatbestand der Hexerei reicht alleine nicht mehr zur Rechtfertigung eines Todesurteils aus. Hingerichtet werden Zauberer und Hexen im Kurfürstentum Baiern nur noch dann, wenn zudem andere Delikte wie Giftmord, Kindsmord oder Diebstahl nachgewiesen werden können.

1648 – Die Weingärten werden von feindlichen Truppen verwüstet

Kurfürstentum Baiern * In der Zeit des Dreißigjährigen Krieges werden die Weingärten oftmals von feindlichen Truppen verwüstet.

13. Februar 1664 – Die Grafen von Taxis übernehmen das bairische Postwesen



Regensburg * Die Grafen von Taxis aus Regensburg übernehmen die Errichtung einer regulären Postverbindung im Kurfürstentum Bayern.

14. Januar 1673 – Bayern schließt einen Subsidienvertrag mit Frankreich

München - Paris * Das Kurfürstentum Bayern schließt einen Subsidienvertrag mit Frankreich.

1679 – Das Militärbudget im Kurfürstentum Bayern liegt bei 440.000 Gulden

München * Das Militärbudget im Kurfürstentum Bayern liegt seit Jahren konstant bei 440.000 Gulden.

11. Juli 1680 – Max Emanuel übernimmt die Regentschaft und die Regierungsgeschäfte

München * An seinem 18. Geburtstag übernimmt Max Emanuel die Regentschaft und die Regierungsgeschäfte im Kurfürstentum Bayern.

15. Januar 1682 – Bündnisverhandlungen wegen der Türkeengefahr

München - Wien * Kurfürst Max Emanuel erklärt dem kaiserlichen Gesandten in München seine Bereitschaft zu Bündnisverhandlungen. Nicht verkennen darf man dabei freilich, dass dies auch im elementaren Interesse Bayerns war, schließlich trennten nur die Länder des Hauses Habsburg damals das kleine Kurfürstentum vom Machtbereich der gefürchteten Türken.

26. Januar 1683 – Ein österreichisch-bayerisches Bündnis gegen die Osmanen

München - Wien * Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den bayerischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Bayern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Bayern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen



Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

30. September 1702 – Der Reichskrieg gegen Frankreich wird beschlossen

Regensburg * Der Reichskrieg gegen Frankreich und seinen Verbündeten - also auch Baiern - wird im Reichstag in Regensburg beschlossen. Das Kurfürstentum Baiern ist nun von allen Seiten von Feinden umgeben.

Januar 1703 – Angriffe der Kaiserlichen Armee

Wien - Kurfürstentum Baiern * Beginn der konzentrierten Angriffe der Kaiserlichen Armee gegen Baiern.

17. August 1704 – Therese Kunigunde wird Regentin des Kurfürstentums Baiern

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel die Schlacht von Höchstädt verloren hat, tritt er seinen Rückzug auf das linke Rheinufer an. Die Regentschaft über das Kurfürstentum Baiern überträgt Max Emanuel seiner Gemahlin Therese Kunigunde.

7. November 1704 – Der Waffenstillstandsvertrag von Ilbesheim

Ilbesheim * Therese Kunigunde, seit 17. August 1704 Regentin Baierns, schließt mit Kaiser Leopold I. den Waffenstillstandsvertrag von Ilbesheim, durch den Baiern aus dem Spanischen Erbfolgekrieg ausscheidet. Der Kurfürstin verbleibt der größte Teil des Rentamtes München. Das gesamte restliche Kurfürstentum wird von der habsburgischen Kaisermacht besetzt. Außerdem beinhaltet der Ilbesheimer Vertrag die Auflösung des bayerischen Heeres mit Ausnahme einer 400 Mann starken Garde, die Übergabe der Festungen an die Kaiserlichen sowie die



Verpflichtung der Kurfürstin „gegen Sr. kaiserl. Majestät und das heilige römische Reich nichts Nachtheiliges oder Schädliches gestatten, hegen und noch weniger vernehmen [zu] lassen.“

16. Mai 1705 – Die Kaiserlichen besetzen auch das Rentamt München

München * Nachdem Kurfürstin Therese Kunigunde am 16. Februar 1705 zu ihrer Mutter nach Venedig reiste, besetzen die Kaiserlichen auch das Rentamt München und verweigerten der Kurfürstin die Einreise nach Bayern. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Zur Besetzung des Rentamtes München kommt es auch deshalb, weil man in München keinen großen Eifer zeigt, die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen aus dem Ilbesheimer Vertrag umzusetzen. Eine Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenheim-Wertheim-Rochefort bemüht sich nun um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kurfürstentums Bayern.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer, dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Bayern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

22. November 1705 – Georg Sebastian Plinganser ruft alle Bayern zu den Waffen

Kurfürstentum Bayern * Unter dem Pseudonym „J. H. Wormbs“ erlässt Georg Sebastian



Plinganser ein Mandat, dass „alle nichtadligen und unverheirateten kurbaierischen Untertanen“ zu den Waffen ruft. Als Ziel nennt das Mandat, man solle „mit vereinten Kräften auf die Feinde losgehen, solche aus dem Lande völlig zu vertreiben, nächstdem die alt churbaierische Libertät empor zu heben“. Damit wird der Volksaufstand gegen die Ausplünderung der Landbevölkerung zur Erhebung gegen die Besatzungsherrschaft des Kaisers.

11. April 1715 – Kurfürst Max Emanuel lässt alle Juden aus dem Land weisen

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel aus seinem Exil wieder nach Bayern zurückgekehrt ist, lässt er alle Juden aus dem Land weisen. Dabei hat die Kurbaierische Landschaftsverordnung, die Vertretung der Landstände, in den letzten Monaten der kaiserlichen Besatzungsherrschaft auf jüdische Finanzmittel zurückgegriffen. Um den Abzug der kaiserlichen Besatzungstruppen zu beschleunigen, hat sie die ausstehenden kaiserlichen Forderungen und alle Landesausgaben übernommen. Diese Aufwendungen hat sich die Landschaftsverordnung von jüdischen Geldgebern finanzieren lassen. Als Gegenleistung gesteht man den Kreditgebern den freien Aufenthalt im Kurfürstentum bis zur Zurückzahlung der Schulden zu.

1724 – Im Kurfürstentum wird eine Tanzsteuer eingeführt

München * Im Kurfürstentum wird eine Tanzsteuer eingeführt. Die Weinwirte in München, Landshut, Straubing, Burghausen und Ingolstadt müssen 4 Gulden im Jahr bezahlen, in den übrigen Städten und Märkten 2 Gulden. Die Bierbrauer zahlen nur einen Gulden Tanzsteuer.

1750 – Die Franziskaner-Provinz in Kurbaiern

Kurfürstentum Bayern * In Kurbaiern gibt es 25 Franziskaner-Konvente, neun Hospize und drei Residenzen, worunter man kleine Niederlassungen verstand. Der Personalbestand liegt bei 700 Patres, 100 Kleriker und 200 Laienbrüder. Dazu sind der Provinz noch etwa 300 Nonnen - Klarissen und Tertianerinnen - unterstellt.

1770 – Niedergang der Falkenbeize im Kurfürstentum Bayern

Au - Untergiesing * Mit dem Niedergang der Falkenbeize im Kurfürstentum Bayern ist auch in der



Falkenau der Weg zu einer stärkeren Besiedelung frei geworden. Hatte die Falkenau bis dahin nur wenige Bewohner, so nehmen die künftigen Hofmarkbesitzer nun „alles verrufene Gesindel und alle der Gemeinde Au und München lästigen Leute“ in ihrem Besitztum auf.

1784 – King George III. entlässt Sir Benjamin Thompsons in baierische Dienste

London - München * Der englische König George III. erteilt Sir Benjamin Thompsons Bitte zum Eintritt in baierische Dienste, eine Zusage. Damit kann er Leibadjutant von Kurfürst Carl Theodor und Mentor dessen außerehelichen Sohnes Graf Bretzenheim werden. England verfolgt die Tauschpläne des baierischen Herrschers mit Argwohn. Dieser will mit Baiern einen Teil seines Kurfürstentums gegen die Österreichischen Niederlande eintauschen, um Herrscher des neuen Königreichs Burgund zu werden. Das Vorhaben hätte aus der zerstückelten Pfalz einen ansehnlichen Staat gemacht. Während die Pläne in Österreich befürwortet werden, formiert sich in Baiern massiver Widerstand.

1784 – Sir Benjamin Thompson kommt nach Baiern

München * Sir Benjamin Thompson kommt in das Kurfürstentum Baiern und wird zunächst Oberst eines Kavallerieregiments.

1785 – Baiern erhält eine Nuntiatur

Rom-Vatikan - München * Der Heilige Stuhl richtet im Kurfürstentum Baiern eine Nuntiatur ein. Sie bleibt die Einzige auf deutschem Gebiet, bis ihr im Jahr 1920 in der Reichshauptstadt Berlin eine zweite päpstliche Gesandtschaft folgt.

1787 – Montgelas tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken

München * Als Folge der Illuminatenaffäre, in deren Verlauf die Mitglieder dem Vorwurf landesverräterischer und religionsfeindlicher Bestrebungen ausgesetzt sind, verlässt Maximilian Joseph von Montgelas das Kurfürstentum Baiern und tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken. Dieser wird, je länger die Kinderlosigkeit des pfalz-baierischen Kurfürstenpaares andauert, als voraussichtlicher Erbe von Pfalzbaiern, der drittgrößten Ländermasse des Reiches, gehandelt, und von den fünf Großmächten umworben. Kurfürst Carl



Theodor hat sich aufgrund seiner Pläne, Kurbaiern gegen die österreichischen Niederlande einzutauschen, bei der bayerischen Bevölkerung äußerst unbeliebt gemacht. Und selbstredend liegt das Interesse der zweibrückischen Herzöge an der Verhinderung des Tauschprojekts. Und da kommt ihnen Freiherr Montgelas gerade recht. Von Zweibrücken aus hält er die geheimen Verbindungen zu den bayerischen Oppositionskreisen aufrecht. Dadurch kann - in Verbindung mit dem preußischen König Friedrich II. und der antiösterreichischen Patriotenpartei am Münchner Hof - die Existenz Kurbaierns unangetastet erhalten werden. Eine der wichtigsten Vorkämpferinnen ist die Witwe des Herzogs Clemens Franz de Paula, des Cousins des letzten bayerischen Kurfürsten Max III. Joseph: Herzogin Maria Anna.

20. April 1792 – Frankreich erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg

München * Die französische Nationalversammlung erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg, um so die Errungenschaften der Revolution auch in den anderen Ländern durchzusetzen. Das Kurfürstentum Bayern versucht anfangs bei diesem Ersten Koalitionskrieg neutral zu bleiben.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Bayern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Bayern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbayern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Oberraufsicht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die



religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

20. Februar 1799 – Kurfürst Max IV. Joseph zieht umjubelt in München ein

München * Der neue Kurfürst Max IV. Joseph zieht unter dem Jubel der Bevölkerung in München ein. Der Neue will sich von seinem Vorgänger positiv abheben, aber auch das Land verändern. Er vertraut seinem Berater Maximilian Joseph von Montgelas und lässt ihn nach eigenem Ermessen schalten und walten. Für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas bedeutet das die Chance, das Kurfürstentum Pfalz-Baiern zu einem modernen Staat umzubauen. Da Kurfürst Max IV. Joseph stark zur Bequemlichkeit neigt, kommt ihm das Engagement Montgelas gelegen. Montgelas übernimmt bis 1817 die Aufgaben eines Ministers der Auswärtigen Geschäfte.

15. Juli 1800 – Bayern lässt sich von Großbritannien seinen Besitzstand garantieren

London - Amberg * Das Kurfürstentum Bayern lässt sich im Subsidienvvertrag von Amberg von Großbritannien seinen Besitzstand garantieren.

3. Dezember 1800 – Falsche Siegesmeldungen aus Hohenlinden

München * Da sich in München zunächst die Nachricht verbreitet, die Österreicher hätten in der Schlacht in Hohenlinden gewonnen, macht sich die Angst breit, nun könnten die zurückgebliebenen französischen Truppenteile Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, die sich für die Stadt als gefährlich erweisen würden. Um ihn davon abzubringen, bietet man dem Platzkommandanten Briant 100 Luisdors an. Briant lehnte das Ansinnen ab, weil diese Summe



für einen Platzkommandanten zu „unwürdig“ sei, mit 200 Luisdors wäre er allerdings schon einverstanden gewesen. Der Magistrat lässt ihm daraufhin den Betrag überreichen. Erst später verbreitet sich die Siegesmeldung der Franzosen. Anschließend ziehen sich die Österreicher hinter ihre Grenze zurück. Die Bayern haben dagegen die Franzosen als Besatzungsmacht im Land und müssen sechs Millionen Gulden Kontribution, die Staatseinnahmen eines Jahres, zahlen. Die Landschaft verlangt daraufhin, dass das Kurfürstentum Bayern kein Bündnis gegen Frankreich mehr eingehen dürfe. Ein politisches Zusammengehen mit Österreich ist somit für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

1801 – Napoleon Bonaparte fördert den Gebietszuwachs Bayerns

Kurfürstentum Bayern * Napoleon Bonaparte fördert bis 1810 den Gebietszuwachs Bayerns. Er will die deutschen Mittelstaaten, allen voran Bayern, Württemberg und Baden, so vergrößern, dass sie als Puffer gegenüber österreichischen Angriffen dienen können. Gleichzeitig sollen die so Geförderten natürlich auf Dauer von der französischen Gunst abhängig bleiben.

9. Februar 1801 – Der Frieden von Lunéville

Lunéville * Der Waffenstillstand von Steyr vom 25. Dezember 1800 mündet in den Frieden von Lunéville. Österreich und seine deutschen Verbündeten scheiden damit aus dem Zweiten Koalitionskrieg aus. Bei diesen Friedensverhandlungen versuchen die Österreicher von Frankreich die Zustimmung für die Angliederung Bayerns zu bekommen. Ob Preußen oder Österreich, alle schauen nur auf ihren eigenen Vorteil. Das Interesse der Verbündeten bleibt dabei freilich auf der Strecke. Als allerdings diese habsburgischen Annexionsbegehren in Bayern ruchbar wird, ist es verständlicherweise mit der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner nicht mehr allzu weit her. Alte, tief verankerte Vorurteile kommen wieder hoch und verstärken sich. Das Kurfürstentum Bayern steht mit dem Rücken an der Wand und muss sich nun primär um seine Existenzsicherung kümmern.

9. Februar 1801 – Bayern als Gewinner des Friedensvertrages von Lunéville

Lunéville * Zu den Gewinnern des Friedensvertrages von Lunéville gehört auch der bayerische Kurfürst Max IV. Joseph. Denn dem genannten Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern steht ein Gewinn von 288 Quadratmeilen und 843.000 Einwohnern gegenüber. Das Kurfürstentum Bayern erhält die Hochstifte Freising, Augsburg, Bamberg und Würzburg, Teile



der Hochstifte Eichstätt und Passau, dreizehn Reichsabteien und fünfzehn Reichsstädte in Franken und Schwaben. Freilich noch nicht die Großen: Augsburg und Nürnberg. Baiern kann sich dadurch jedoch territorial maßgeblich erweitern. bsp;

25. Januar 1802 – Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern

Kurfürstentum Baiern * Das kurfürstliche Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern beginnt mit der Feststellung, dass die Bettelorden die „Fortpflanzung des Aberglaubens und der schädlichen Irrtümer“ begünstigen und die Entstehung und Entwicklung „richtiger Begriffe der moralischen Bildung im Volke“ verhindern, weshalb die fortdauernde Existenz der Mendikantenklöster zwecklos und schädlich für die Bürger ist. In Altbaiern sind davon einundneunzig derartige kirchliche Einrichtungen betroffen. In München sind folgende Bettelorden betroffen: Kapuziner, Franziskaner, Karmeliten, Karmelitinnen, die Benediktinerinnen am Lilienberg, die Paulanerinnen im Lilienthal und das Pütrichkloster. Zur zweckmäßigen Einrichtung der Bürger- und Landschulen wird ein Schulfonds eingerichtet, der aus dem Vermögen der aufgehobenen Orden gebildet wird, da es an anderweitigen staatlichen Mitteln mangelt. Zur sofortigen Verminderung der Insassen werden alle Ausländer, das heißt, die nicht in Pfalzbaiern geborenen Klostermitglieder, in ihre Heimat geschickt, die Laienbrüder in die Prälatenklöster versetzt und Kleriker, die noch keine Profeß abgelegt haben, entlassen. Neuaufnahmen und das Überwechseln von Ordensangehörigen in andere Klöster wird streng untersagt. Priestermonche können unter bestimmten Voraussetzungen in den Weltpriesterstand übertreten, was dem Staat die Pensionskosten einsparen hilft. Alle übrigbleibenden Klosterindividuen sollen in Zentralklöster - in Wirklichkeit Aussterbeklöster - ihres Ordens verbracht werden. Außerdem ist den Franziskanern künftig nur noch Predigt und Beicht hören in der eigenen Ordenskirche erlaubt, jedoch keinerlei Seelsorgeaushilfe. Dazu unterstehen sie der verschärften Aufsicht der zuständigen Landrichter. Als Unterhalt für die Franziskaner setzt man, da ihnen das Almosensammeln verboten worden ist, jährlich 125 Gulden fest, zahlbar aus dem Vermögensfonds der nichtständischen Klöster. Der Inhalt des Aufhebungsdekretes wird öffentlich nicht bekannt gemacht. Die ganzen Vorbereitungen der staatlichen Klosteraufhebungen laufen bis zur Ausführung im Wesentlichen geheim. Das verstärkt die Unsicherheit und lässt jede Gegenwehr erlahmen. Ebenfalls besteht Unkenntnis über die Befugnisse der eingerichteten Spezialkommission. Ausgenommen vom kurfürstlichen Aufhebungs-Dekret der Bettelordensklöster sind - aufgrund ihrer Tätigkeit in der Krankenpflege beziehungsweise im Schulwesen - die Klöster der Barmherzigen Brüder sowie der Englischen Fräulein und der Elisabethinerinnen. Das Kloster der Ursulinen in München wird mit den Nonnen de Notre Dame in Nymphenburg vereinigt. In der Haupt- und Residenzstadt



München gibt es nur ein ständisches Kloster: das Klarissen-Kloster zu Sankt Jakob am Anger.

24. Mai 1802 – Geheimvertrag mit Frankreich über Landabtretungen

Kurfürstentum Baiern * Für Baiern beginnen die Landzugewinne. Kurfürst Max IV. Joseph hat mit Frankreich in einem Geheimvertrag vereinbart, dass er die vertraglich zugewiesenen Territorien noch vor der Verabschiedung des Reichsdeputationshauptschlusses militärisch in Besitz nehmen kann.

27. November 1802 – Freising und die Zugspitze werden bairisch

Freising * Da sich der kranke Freisinger Bischof Joseph Conrad Freiherr von Schroffenberg-Mös in Berchtesgaden aufhält, überreicht der kurfürstliche Generalkommissär Johann Adam von Aretin dem Freisinger Hofrat das Besitzergreifungspatent. Damit nimmt er für das Kurfürstentum Baiern zivilrechtlich Besitz von Freising, wozu auch die Herrschaft Isen-Burgrain und die Grafschaft Werdenfels gehören. Dadurch werden nicht nur viele Untertanen, sondern auch die Zugspitze bairisch. Für Freising bedeutet das das Ende der geistlichen Herrschaft. Die Stadt wird eine ganz normalen bayerischen Municipalgemeinde.

1803 – Das Kurfürstentum Baiern wird Eigentümer der Giesinger Mühle

Untergiesing * Mit der Säkularisation und der damit verbundenen Klosterauflösung wird der Kurfürstentum Baiern Eigentümer der Giesinger Mühle.

17. Juli 1803 – Salzburg wird Kurfürstentum

Wien - Salzburg * Der deutsch-römische Kaiser Franz II. erhebt Salzburg zum Kurfürstentum.

7. Juni 1805 – Das Kurfürstentum Baiern führt die Wehrpflicht ein

München * Das Kurfürstentum Baiern führt die Wehrpflicht ein. Diese gilt jedoch nicht für alle Baiern, denn die Gesetze zur Ergänzung des stehenden Heeres aus den Jahren 1805 und 1812 gestatten dem städtischen Bürgertum „großzügige Befreiung vom Wehrdienst“.



8. September 1805 – Der Dritte Koalitionskrieg beginnt

Kurfürstentum Bayern * Der Dritte Koalitionskrieg beginnt mit dem Einmarsch der Österreicher nach Bayern. Rücksichtslos bestimmt Kaiser Franz II. Bayern zum Kriegsschauplatz. Noch sind die österreichischen Truppen im Glauben an ein gemeinsames Bündnis mit Bayern gegen Frankreich über die Landesgrenze gekommen, doch nun marschieren sie als Feinde nach München. Die wertvollsten kurfürstlichen Besitztümer und die Gemäldesammlung können noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, um sie so vor feindlichen Beutezügen zu schützen. Auch der Kurfürst ist samt seiner Familie weit genug von der österreichischen Grenze entfernt, so dass er das Eintreffen der napoleonischen Truppen sicher abwarten kann.

21. September 1805 – Kaiser Franz II. bietet den Bayern den Königstitel an

München • Auch Kaiser Franz II. trifft in München ein und bietet als Oberhaupt des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation dem Kurfürstentum Bayern den Königstitel an, wenn es sich der Dritten Koalition anschließen würde. Doch das hätte nicht gleichzeitig die Erringung der vollen staatlichen Souveränität bedeutet, wie sie Napoleon angeboten hat. Diese war aber für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas die rechtliche Voraussetzung für die inneren Reformen der kommenden zwölf Jahre, insbesondere für die Ausschaltung der Stände und die Schaffung einer Konstitution. Denn noch ist die Ständeverfassung gültig, die durch das Reichsrecht und die Reichsgerichte geschützt ist.

21. Dezember 1805 – Die Freie Reichsstadt Augsburg fällt an Bayern

München - Augsburg * Das Kurfürstentum Bayern übernimmt die Freie Reichsstadt Augsburg.

1. Januar 1806 – Bayern wird extrem emotionslos zum Königreich erhoben

Königreich Bayern - München-Graggenau * Das Kurfürstentum Bayern wird von Napoleon Bonaparte zum Königreich erhoben. Aus Kurfürst Max IV. Joseph wird König Max I. Joseph. Die Rangerhöhung Baierns wird extrem emotionslos vollzogen. Der nur wenige Minuten dauernde Akt der Königserhebung findet um 10 Uhr, in den Appartements der Kurfürstin Karoline in der Münchner Residenz statt. Obwohl Napoleon Bonaparte am Abend des Vortages in München eingetroffen ist, nimmt er nicht an der Zeremonie teil. Auch der leitende Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ist aus uns nicht bekannten Gründen abwesend. Anwesend



11. April 1814 – Napoleon Bonaparte wird die Insel Elba als Fürstentum zugewiesen

27. Juli 1830 – In Frankreich kommt es zur Juli-Revolution

20. August 1843 – Lola Montez' rastloses Leben verlagert sich auf den Kontinent



Berlin * Lola Montez' rastloses Leben hat sich auf den Kontinent verlagert. Vom Fürstentum Reuß im Thüringischen Wald kommend, wo Prinz Heinrich LXXII. residiert, trifft die Künstlerin in Berlin ein, wo sie als Tänzerin auftritt. Bei dem nach Erotik und Exotik lechzenden Publikum hat sie so enormen Zuspruch, dass das Königliche Preußische Schauspielhaus ausverkauft ist.

23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt

Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

18. Januar 1871 – Der Tag der Kaiserproklamation

Versailles • Als Tag der Kaiserproklamation hat man den 18. Januar 1871 auserkoren. Es ist der Tag, als Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg im Jahr 1701 zum ersten preußischen König Friedrich I. gekrönt und damit zugleich das Königreich Preußen gegründet worden ist. Mit der Terminwahl will das Haus Hohenzollern an seinen Aufstieg innerhalb von 170 Jahren von Kurfürsten zu mächtigen Monarchen Europas erinnern.

21. Januar 1871 – Auch die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Beitritt zum Kaiserreich zu

München-Kreuzviertel * Nach einer zehnstündigen Redeschlacht stimmen 102 Abgeordnete für den Beitritt Bayerns zum Deutschen Kaiserreich und nur noch 48 dagegen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit - wenn auch knapp - erreicht. Das im Jahr 1871 gegründete Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutz des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb dieses gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha,



Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen.

16. April 1871 – Die Reichsverfassung wird rechtskräftig

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Die Reichsverfassung wird rechtskräftig. Das Zweite Deutsche Kaiserreich ist ein Bundesstaat, dem - unter preußischer Hegemonie - 25 Einzelstaaten angehören. Der preußische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Das Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutze des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten: der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen. Bis im Rahmen der Reichsgründung auch in Bayern das metrische Maß eingeführt wird, fasst die Bayerische Mass 1.069 Kubikzentimeter. Durch die Preußische Maß- und Gewichtsordnung wird das Bayerische Maß abgeschafft. Als gesamtdeutsche Maßeinheit gilt nun der Liter. Und dieser



ist auf 1.000 Kubikzentimeter festgelegt worden.

10. November 1918 – Fürst Heinrich XXVII. von Reuß verzichtet auf den Thron

Gera - Greiz * Fürst Heinrich XXVII. von Reuß jüngere Linie verzichtet auf den Thron. Seit 1908 regiert Heinrich XXVII. auch das Fürstentum Reuß ältere Linie in Personalunion.

11. November 1918 – Die Regierung des Fürstentums Reuß jüngere Linie tritt zurück

Gera - Greiz * Der Arbeiter- und Soldatenrat zwingt die Regierung des Fürstentums Reuß jüngere Linie zum Rücktritt.

12. November 1918 – Fürst Leopold IV. zur Lippe dankt ab

Detmold * Fürst Leopold IV. zur Lippe will „die Frage der zukünftigen Staatsform [...] Entschließung des neuen, auf freier Grundlage gewählten Landtages überlassen“, weil er sich „nicht einseitig für befugt“ hält, „abzudanken, dies vielmehr eine Landesangelegenheit sei“. Er verzichtet auf den Thron, nachdem ihm der Volks- und Soldatenrat ein Ultimatum setzen.

13. November 1918 – Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont wird für abgesetzt erklärt

Arolsen * Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont wird durch eigens aus Kassel angereiste Vertreter des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats für abgesetzt erklärt. Das Fürstentum wird dadurch ein Freistaat.

15. November 1918 – Adolf II. Fürst zu Schaumburg-Lippe dankt ab

Schloss Bückeburg * Adolf II. Fürst zu Schaumburg-Lippe verzichtet auf den Thron.

23. November 1918 – Fürst Günther Victor von Schwarzburg verzichtet auf den Thron

Rudolstadt - Sondershausen * Fürst Günther Victor von Schwarzburg-Rudolstadt, der seit 1909



auch das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen regiert, verzichtet auf seinen Thron.
